



Renate Hendricks, MdL Wahlkreisbüro Oskar-Walzel-Str. 9 53113 Bonn

Helmut Stahl  
Postfach 101143  
Platz des Landtags 1  
40002 Düsseldorf

**Wahlkreisbüro:**

Oskar-Walzel-Str. 9, 53113 Bonn

Telefon (0228) 422 8486  
Telefax (0228) 422 8693  
eMail reate.hendricks.wk-  
bonn@landtag.nrw.de

**Landtagsbüro:**

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 2648  
Telefax (0211) 884 3195  
eMail reate.hendricks@landtag.nrw.de

Bonn, den 13. Juli 2009

**Offener Brief: Ein Haufen Vorwürfe und ihre Richtigstellung**

Sehr geehrter Herr Kollege Stahl,

zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre Antwort auf meinen „offenen Brief“. Ich muss ehrlich gestehen, dass ich mir nicht sicher war, eine Antwort zu erhalten. Dabei habe ich eine andere Einschätzung offener Briefe als Sie. Ich meine, gelegentlich sind sie eine durchaus legitime Art des politischen Diskurses. So auch in diesem Fall. Wenn Sie darin die Chance eines Eigentors meinerseits gesehen haben, sind Sie meinen diesbezüglichen Vorstellungen ja auch gefolgt. Über Tore und Eigentore mag dann, den demokratischen Regeln entsprechend, der Bürger entscheiden.

Bedauerlicherweise, wenn auch erwartungsgemäß, belegt Ihre Antwort Ihre ebenso dogmatischen wie parteienfixierten Vorstellungen zu unserem Schulwesen. Sie manifestieren sich geradezu exemplarisch in Ihrem abwegigen Vorwurf des „Einheits-schul-Tunnelblicks“ an mich. Tatsächlich hindert Ihr Tunnelblick Sie daran zu begreifen, dass ich zwar, wie viele andere - Betroffene wie Experten - eine „gemeinsame Schule“ anstrebe, die aber eben keine „Einheitsschule“ ist. Weil sie nämlich auf die je individuelle Begabung ihrer Schüler eingeht und sie auf dieser Basis individuell optimal fördert. Trotz der wohlfeilen Formulierungen der aktuellen Landesregierung tun das die Schulen des „dreigliedrigen“ Systems nur unzureichend, und sie erhalten auch nicht die erforderliche Unterstützung dazu, ganz im Gegenteil.

Im Sinne Ihrer dogmatischen Fixierung fällt dann auch Ihre Antwort auf meine Frage nach zukunftsorientierten schulpolitischen Impulsen der CDU aus. Es gibt gar keine, außer dem Hinweis auf Ihre bekannten Positionen in den Landtagsreden.

Stattdessen richten Sie ein Bündel von Angriffen auf SPD, Gesamtschulvertreter und mich. Das ist Ihr gutes Recht, gibt mir aber die willkommene Gelegenheit, Ihre teilweise bereits seit langen propagierten Falschmeldungen zu kommentieren.

Da ist erst mal der Vorwurf der „Rosinenpickerei“ gegen die Bonner Gesamtschulen. Es ist zwar als „Entlastungsangriff“ verständlich, aber gleichwohl gewagt, wenn Sie diesen Begriff verwenden. Denn „Rosinenpickerei“ ist geradezu die konstituierende Grundlage des von Ihnen so verteidigten Schulsystems, insbesondere des Gymnasiums. Wer wie ich die „Landeselternschaft der Gymnasien“ gut kennt, weiß, dass dieser Aspekt das Selbstverständnis der Gymnasial-Lobbyisten dominiert. Bei den parteipolitischen Vertretern dieser Richtung, FDP und CDU, ist es im Grunde nicht anders.

Aber zurück zu Ihrem Vorwurf. Zunächst mal ist festzuhalten, dass sich auch den Bonner Gesamtschulen eine Klientel bietet, bei der die Gymnasien den Rahmen der vorgeblich besseren Begabungen gründlich abgeschöpft haben. Eine Übergangsquote von mehr als 60% bei den Gymnasien macht das nur zu deutlich. Wenn sich demnach bei den Bonner Gesamtschulen schwerpunktmäßig Schüler um das mittlere Begabungsspektrum sammeln, ist das nicht nur verständlich, sondern geradezu geboten. Gesamtschule lebt nämlich von einer ausgeglichenen Begabungsverteilung. Diese wird von unseren Gesamtschulen auch angestrebt. Hauptschulempfehlungen sind dort im Durchschnitt mit gleichem Anteil vertreten wie im Durchschnitt aller Schulformen. Wenn im Einzelfall die Anzahl der Hauptschüler an einem Jahrgang allerdings auf ein Minimum sinkt, stößt das bei mir nicht unbedingt auf Begeisterung.

Dass allerdings gerade Sie sich über diesen Umstand aufregen, befremdet doch etwas, zeigen Sie sich doch ansonsten der Idee der Gesamtschule alles andere als gewogen. Und wenn sie dann auch noch die Hauptschule, die sie ansonsten preisen und alimentieren, mit der Wendung „die Schlechten ins Kröpfchen“ meinen, bin ich vollends irritiert. Ich bin jedenfalls der Überzeugung, dass die Kinder, die Sie mit der „Hauptschulempfehlung“ abstempeln, ebenso eine optimale Förderung verdienen wie die, die es zur Gymnasialempfehlung schaffen. Und weil das die Hauptschulen mit ihren so sortierten Schülern nicht können, stehe ich für eine gemeinsame Schule.

Nun zu meiner zweiten Frage nach dem Ganztagszuschlag für die neue Bonner Gesamtschule. Auch auf diese Frage vermeiden Sie, eine klare Antwort zu formulieren. Aber Ihre Position ist dennoch eindeutig: Sie setzen den Bemühungen Ihres Oberbürgermeisterkandidaten Widerstand entgegen. Da kann sich der Wähler nun überlegen, ob sie ihn wirklich „im Regen stehen“ lassen oder ob er hier mit einem billigen „Guter Bube - Böser Bube“ Spiel verschaukelt wird.

Lieber werfen Sie uns - der SPD - vor, nur Gesamtschulen die Möglichkeit für einen Ganztags ermöglicht zu haben. Dies ist gerade für einen Bonner Abgeordneten eine geradezu abenteuerlich falsche Behauptung. In Bonn gibt es - neben den drei bestehenden Gesamtschulen - seit etlichen Jahren zwei Ganztagsgymnasien, eine Ganztagsrealschule und zwei Ganztags Hauptschulen, die nach und nach als Ganztagschulen die Schullandschaft bereichern haben.

Bonn war - nicht ganz ohne meine Mitwirkung - Spitze bei der Ganztagsbewegung, z. B. als es um die Einführung von Elterninitiativen, Kinderhäusern oder später der Offenen Ganztagschulen ging. Insofern haben die Bonner und Bonnerinnen immer schon ein wenig Trendsetter für die gesellschaftliche Entwicklung dieses Land gespielt.

Auf der anderen Seite machen die derzeitige Diskussion um die Einführung des Ganztags an Gymnasien und die zögerlichen Bewerbungen aus den Schulen deutlich, dass immer noch nicht alle Schulen die Notwendigkeit und die Chancen des Ganztags erkannt haben. Bisher will nur ein Bonner Gymnasium zum übernächsten Schuljahr Ganztagschule werden.

Das Angebot Ihrer Regierung für die weiterführenden Schulformen Gymnasium und Realschule wurde übrigens erst offeriert, als die stümperhafte Umsetzung der Schulzeitverkürzung durch die CDU/FDP Regierung in NRW insbesondere die Gymnasien stark unter einen Veränderungsruck brachte. Überzeugungstaten sehen anders aus.

Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Hauptschuloffensive mit dem Ausbau zur Ganztagsform den Namen „Offensive“ nicht rechtfertigt. Es handelt sich um den verzweifelten Versuch, die unumgänglichen Schulschließungen im Hauptschulbereich aufzuhalten. Und der Ganztags in den Gymnasien ist aus der Not geboren, die völlige Überforderung der Schüler und Schülerinnen durch Ihre Form von G8 zu lindern. Insofern haben Sie den Druck nach Ganztags im Land mit einer verfehlten Schulpolitik zu einem großen Teil selber stimuliert.

Dieser Veränderungsdruck muss nun dafür herhalten, dass die von den Eltern als Ganztagschule gewünschte Gesamtschule auf einen Ganztagszuschlag verzichten muss, „weil erst einmal die anderen dran sind“. Wollen Sie damit die jetzigen Schüler der neuen Gesamtschule dafür abstrafen, dass angeblich die SPD in der Vergangenheit „skandalöse“ Schulpolitik gemacht habe?

Herr Kollege Stahl, das ist eine scheinheilige Argumentation, die nur kaschieren soll, dass diese Regierung Schüler und Schülerinnen von Gesamtschulen und deren Eltern schlechter behandeln will als Schüler und Schülerinnen anderer Schulformen. Dies ist skandalös und diskriminierend. Dafür vergeudet Ihre Regierung an anderer Stelle durch eine nicht nachhaltige Ganztagschulentwicklung Steuergelder in erheblichem Umfang.

Gesamtschulen sind von Anfang an als Ganztagschulform konzipiert worden, um die erforderlichen Differenzierungen einer heterogenen Schülerschaft leisten zu können. Zur Gesamtschulidee gehört nicht nur in NRW der Ganztags. Pädagogisch wie gesellschaftlich ist die Entscheidung der CDU/FPD, den neuen Gesamtschulen den Ganztags zu verwehren, unhaltbar. Das ist reine Diffamierungs- und Abschreckungspolitik.

Nun zu Ihren Lieblings-Denunzierungs-Begriff „Einheitsschule“. Auf der einen Seite ist es schon bewundernswert, auf der anderen allerdings beschämend, dass gerade christliche und konservative Politiker den Begriff „Einheit“ in der Schuldiskussion so diffamierend einsetzen. Zwar war mit „einig Vaterland“ in der Tat schon mal ein Dreiklassen Staat gemeint, aber mit „lasst die Kinder zu mir kommen“ und „ihr sollt eins

sein“ ist sicher nicht gemeint, dass die Kinder schön getrennt in drei verschiedenen Arten Schulen zu schicken seien.

Aber in der schulpolitischen Diskussion und Agitation nimmt es die CDU - auch in Bonn - mit der Wahrheit ohnehin nicht ernst. Aus purem Populismus konnte man vor den Schulen in Bonn lesen: „Rot/rot/grün will diese Schule schließen.“ Mit der Wahrheit hat dies nichts zu tun. Das sind Schulkampfparolen aus den 70igern und 80igern. Glücklicherweise sind sie heute nicht mehr überzeugend. Und falsch zudem. Ich sage dazu ganz klar: „Die CDU lügt!“

Die SPD wird keine Schulen schließen, es sei denn die Schülerzahlen machen dies erforderlich. Aber wir wollen den Schulen durch eine rechtliche Rahmenvorgabe Optionen ermöglichen, damit sie sich auch in Hinblick auf „Längeres gemeinsames Lernen“ weiter entwickeln können. Wir wollen eine Ermöglichungspolitik, keine Zwangsbeglückung, so wie die CDU ihre Schulpolitik versteht und angelegt hat (z.B. verpflichtende Grundschulgutachten, Schulzeitverkürzung ohne Wahloptionen, keine Wahlmöglichkeiten für gemeinsamen Unterricht).

Dass Sie in Ihrem Brief schließlich auch noch unterstellen, ich würde mit meinem Sie-wissen-schon-Blick die Berufskollegs „als Chancen-Schulen nicht einmal wahrnehmen“, ist einfach nur lächerlich. Ich habe, sehr geehrter Herr Stahl, als Vorsitzende der Stadtschulpflegschaft schon vor vielen Jahren, als man von Ihren schulpolitischen Vorstellungen noch lange nichts gehört hat, die Chancen der Bonner Berufskollegs in Informationsveranstaltungen verbreitet. Und natürlich stehe ich auch jetzt in engem Kontakt zu den Bonner Berufskollegs.

Sehr geehrter Herr Stahl, Sie wissen besser als ich, dass auch in der CDU über eine veränderte Schulstruktur mehr oder weniger offen nachgedacht wird. Entsprechende Gespräche finden auf Bundesebene ebenso statt wie im Land NRW. Ihre derzeitige Schulpolitik ist nicht zukunftsfähig. Angesichts sinkender Schülerzahlen und dem Wunsch der Eltern nach mehr Gesamtschulplätzen, die Sie abblocken, ist sie kein Modell, mit dem die Kommunen und Schulträger vor Ort die Probleme der kommenden Jahre bewältigen können.

Ich bin daher überzeugt, dass die nordrhein-westfälische CDU, wie bereits die meisten ihrer Kollegen in den übrigen Bundesländern, in der nächsten Legislaturperiode eine Korrektur ihrer Schulpolitik vornehmen wird. Ihre (nicht nur ihre persönliche) Aussagen werden die CDU als Bumerang in naher Zukunft wieder einholen.

Die Entscheidung der Väter und Mütter über diese Schulpolitik ist seit Jahren im Gange. Sie ignorieren und konterkarieren sie jedoch. Die Entscheidung der Wähler freilich steht noch aus. Wir werden sehen.

Mit kollegialen Grüßen

Renate Hendricks